

4. Der Kleinstaat als Begleiterscheinung kollektiver Emanzipationsprozesse

Man ist leicht versucht, in den vielfältigen Sezessionsbestrebungen vorrangig das Werk rückständiger Ethnien oder unbelehrbarer «Nationalisten» zu sehen, die mit ihrem gruppenegoistischen Verhalten das Friedenskartell der bestehenden Staaten unterminieren. Dadurch verbaut man sich aber das Verständnis dafür, dass hier durchaus Forderungen auf kollektive Selbstbestimmung angemeldet werden, die – in voller Parallele zu *individuellen* Autonomieansprüchen – ihren Ursprung ebenfalls in neuzeitlichen Emanzipationsprozessen haben.

Tatsächlich stellt die seit der Renaissance und der Reformation florierende «Kleinstaaterei» ein im Vergleich zu den universalistischen Reichsideen des Mittelalters modernere Entwicklung dar, die mit der Globalisierung europäischer Technik, Wirtschaft und Kultur nicht nur kompatibel war, sondern dazu in einem durchaus positiven Bedingungsverhältnis stand.

Die Wurzel dieser Entwicklung liegt darin, dass mit dem Zerfall des Feudalismus die Möglichkeit schwand, umfangreiche Territorien unter Ausschluss der autochthonen Bevölkerung durch eine überräumlich integrierte Elite zu integrieren. Stattdessen erwies es sich als unvermeidlich, dem Autonomiestreben lokaler und regionaler politischer Eliten Zugeständnisse zu machen und nachher im Zuge der Demokratisierung immer breitere Trägerschichten autochthoner Kultur an der politischen Willensbildung und der Gestaltung aller Institutionen mitzubeteiligen.

Diese zunehmende «ethnische Imprägnierung» aller Institutionen findet ihren Ausdruck beispielsweise darin, dass in den reformierten Kirchen an die Stelle des Lateins die autochthone Volkssprache tritt, und dass die universalen Traditionen des römischen Rechts zunehmend durch partikulärere Rechtsentwicklungen überlagert werden: insbesondere im rasch expandierenden Bereich des Staats- und Verwaltungsrechts, das im Vergleich zum Privatrecht sehr viel geringeren Zwängen internationaler Harmonisierung unterliegt.

Die vielleicht grösste Bedrohung für umfassende politische Staatsbildungen entsteht heute wahrscheinlich daraus, dass die Bürger mit wachsendem Wohlstand immer mehr Wert auf eine Lebensqualität legen, zu der beispielsweise auch gehört, dass man auf die Gestaltung der lebensrelevanten Nahwelt wesentlich Einfluss nehmen kann, dass die Ver-